Zeitschrift: Appenzellische Jahrbücher

Herausgeber: Appenzellische Gemeinnützige Gesellschaft

Band: 142 (2015)

Rubrik: Landeschronik von Appenzell Ausserrhoden für das Jahr 2014

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Landeschronik von Appenzell Ausserrhoden für das Jahr 2014

Jürg Bühler, Herisau

Die von den Stimmberechtigten an der Urne mit klarem Mehr abgesegnete Reform der Staatsleitung sowie die Verärgerung über die sehr grosszügige finanzielle Entschädigung, die sich der Verwaltungsrat des Spitalverbunds Appenzell Ausserrhoden zugesprochen hatte, sind zwei der prägenden Ereignisse im Jahre 2014. – Wichtigstes Merkmal der Staatsleitungsreform ist die Verkleinerung des Regierungsrats von sieben auf fünf Mitglieder ab 1. Juni 2015 sowie der Wechsel von deren Status vom Hauptamt zum Vollamt. Die Verfassungsänderung soll die Regierung und das Parlament stärken und ihre Zusammenarbeit verbessern mit dem Ziel, die Ausserrhoder Politik transparenter und unabhängiger werden zu lassen. Der Regierungsrat initiierte nach dem Ja an der Urne eine Reihe von Folgeprojekten für den Umbau der kantonalen Verwaltung von sieben auf fünf Departemente. – Die Diskussion um die Entschädigungen des Verwaltungsrats des Spitalverbunds geht zurück auf das Jahr 2012. Statt der geplanten 235 000 Franken Entschädigungen inkl. Sekretariat waren insgesamt 660 000 Franken ausbezahlt worden. Kantonsrat David Zuberbühler (SVP) reichte in dieser Sache einen politischen Vorstoss ein. Besonders in die Kritik geriet der dem Verwaltungsrat angehörende Regierungsrat und Finanzdirektor Köbi Frei (SVP). – Erfreulich war im Berichtsjahr die Bevölkerungsentwicklung. Appenzell Ausserrhoden wächst wieder, allerdings leicht langsamer als andere Kantone. Das Ziel, eine Einwohnerzahl von 55 000, sollte in naher Zukunft erreicht werden. – Das Programm zur Entlastung des Staatshaushaltes hat 2014 erste Wirkungen gezeigt. Dank höheren Steuereinnahmen konnte das Defizit in der Staatsrechnung gegenüber dem Vorjahr deutlich reduziert werden. Der Kantonsrat verabschiedete mit grossem Mehr das Entlastungspaket 2015/2016. Regierungsrat und Verwaltung konnten mit der Aufgabenüberprüfung den ersten Teil der Entlastungen in der Verwaltung realisieren. – Das Projekt eines gemeinsamen Spitalverbundes mit Appenzell Innerrhoden wurde von beiden Regierungen zu Beginn des Jahres 2014 abgebrochen. Im Verlauf der ersten Projektphase hatte sich gezeigt, dass sich die wirtschaftliche Basis für einen gemeinsamen Spitalverbund verändert hatte. Ein Zusammengehen der beiden Spitäler wäre betriebswirtschaftlich nicht mehr angebracht gewesen.

Eidgenössische Abstimmungen

Auf eidgenössischer Ebene hatten die Stimmberechtigten 2014 über insgesamt zwölf eidgenössische Sachvorlagen, darunter neun Volksinitiativen, zu entscheiden. Mit einer Ausnahme (Kauf des Kampfflugzeugs Gripen) deckte sich der Abstimmungsausgang in Appenzell Ausserrhoden jeweils mit dem gesamtschweizerischen Resultat.

9. Februar	Ja	Nein
Finanzierung/ Ausbau Eisenbahninfrastruktur	11 995	9 506
Initiative «Gegen Masseneinwanderung»	11 890	9 969
Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache»	8 638	13 057

Das Ausserrhoder Abstimmungsergebnis zu den drei eidgenössischen Vorlagen war deckungsgleich mit dem gesamtschweizerischen Ergebnis.

18. Mai	Ja	Nein
Anschaffung des Kampfflugzeugs Gripen	11 077	10 585
Bundesbeschluss über die Hausarztmedizin	17 284	3 760
Initiative «Berufsverbot für Pädophile»	11 796	9 649
Initiative «für einen fairen Mindestlohn»	4 036	17 711

Bei drei der vier Vorlagen deckte sich der Abstimmungsausgang auf eidgenössischer Ebene mit jenem in Appenzell Ausserrhoden. Im Gegensatz zu Ausserrhoden, wo der Gripen-Kauf knapp gutgeheissen wurde, erfuhr die Vorlage auf eidgenössischer Ebene mit einen Nein-Anteil von 53,4 Prozent eine Ablehnung.

28. September	Ja	Nein
Initiative für eine Einheitskrankenkasse	4728	12810
Initiative «Reduzierter MwSt-Satz für Gastgewerbe»	4791	12360

Die beiden Volksinitiativen wurden auf eidgenössischer Ebene ebenso deutlich abgelehnt wie in Appenzell Ausserrhoden.

30. November	Ja	Nein
Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung	9383	10172
Ecopop-Initiative Beschränkung Nettozuwanderung	13725	5883
Gold-Initiative	13921	5336

Bei allen drei Volksinitiativen deckte sich der Abstimmungsausgang in Appenzell Ausserrhoden mit jenem auf eidgenössischer Ebene, wobei die Ablehnung der Pauschalbesteuerungs-Initiative in Ausserrhoden deutlich knapper ausfiel als auf eidgenössischer Ebene.

Kantonale Abstimmungen

Die Ausserrhoder Stimmberechtigten mussten 2014 an der Urne über zwei kantonale Sachvorlagen abstimmen.

18. Mai	Ja	Nein
Teilrevision der Kantonsverfassung (Staatsleitungsreform)		
Hauptantrag	10734	5588
Eventualantrag	6842	8213

Bei der Teilrevision der Kantonsverfassung über die Staatsleitungsreform stand die Frage im Zentrum, ob die Ausserrhoder Regierung in Zukunft aus fünf oder weiterhin aus sieben Mitgliedern bestehen soll. Eine klare Mehrheit der Stimmberechtigten votierte für einen Regierungsrat mit nur noch fünf Mitgliedern. Bei der Stichfrage votierten 10 260 Stimmberechtigte für den Hauptantrag mit fünf Regierungsmitgliedern, 5718 Stimmberechtige stimmten für einen Fortbestand der bisherigen siebenköpfigen Regierung. Mit diesem Abstimmungsausgang steht definitiv fest, dass der Ausserrhoder Regierungsrat ab dem 1. Juni 2015 nur noch fünf Mitglieder umfassen wird; die Neuorganisation mit fünf statt sieben Departementen wird auf den 1. Januar 2016 erfolgen.

30. November	Ja	Nein
Teilrevision Gesetz über die politischen Rechte	13436	3409

Bei der Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte ging es um Rücktrittsfristen und um die Neuverteilung der Kantonsratssitze. 19 Gemeinden stimmten der Vorlage mit klaren Mehrheiten zu, einzig in Reute wurde die Teilrevision mit 131 zu 108 Stimmen abgelehnt. Mit der Teilrevision erhalten die einwohnerstarken Gemeinden Herisau neu 18 (+ 4), Teufen 7 (+ 1), Gais 4 (+ 1) sowie Speicher und Heiden je 5 (je + 1) Sitze zugeteilt. Die acht kleinen Gemeinden Hundwil, Waldstatt, Trogen, Rehetobel, Wald, Grub, Walzenhausen und Reute verlieren je einen Sitz. Für die sieben Gemeinden Urnäsch, Schwellbrunn, Stein, Schönengrund, Bühler, Wolfhalden und Lutzenberg ergibt sich keine Änderung. Die neue Verteilung der Kantonsratssitze gilt für die Amtsdauer 2015–2019, also vom 1. Juni 2015 bis 31. Mai 2019.

Kantonale Wahlen

Am 9. Februar fanden Ergänzungswahlen ins Obergericht statt. Gewählt wurden Daniela Cadosch Autolitano, Gais, und Marc Winiger, Niederteufen. Sie ersetzten im obersten kantonalen Gericht Aline Auer, Teufen, und Markus Joos, Herisau.

Kantonsrat

Der Kantonsrat traf sich 2014 zu sieben Sitzungen und behandelte dabei 57 Geschäfte. Es war vor allem die gesetzgeberische Arbeit, welche den Rat beschäftigt hatte. So wurde eine grosse

Teilrevision der Kantonsverfassung (Reform der Staatsleitung) in zweiter Lesung zuhanden der Stimmberechtigten verabschiedet. Zu reden gab auch das Entlastungsprogramm für den Finanzhaushalt des Kantons.

An der Sitzung vom *24. Februar* genehmigte der Kantonsrat das erwähnte Entlastungsprogramm, um die kantonalen Finanzen wieder ins Lot zu bringen. Das anvisierte Sparziel wurde jedoch um eine Million verfehlt. Die Gemeinden wehrten sich erfolglos gegen eine Reduktion der Volksschulbeiträge; die SP scheiterte mit einem Antrag auf eine zusätzliche Steuererhöhung.

Mit dem regierungsrätlichen Entlastungspaket zugunsten der kantonalen Finanzen sollten 28 Mio. Franken eingespart werden. Das Entlastungspaket umfasste die drei Bereiche «Politik», «Verwaltung» und «NFA/Steuerfuss» (Erhöhung Steuerfuss, Überprüfung Finanzausgleich Kanton/Gemeinden). Im Dezember 2013 hatte der Rat bereits einer Steuerfusserhöhung um 0,2 Einheiten zugestimmt. Das brachte zusätzliche sieben Mio. Franken in die Staatskasse. Weitere sieben Mio. Franken sollten auf der Basis einer Aufgabenüberprüfung in der Verwaltung eingespart werden. Im Fokus der Debatte stand der Bereich «Politik». Dieser umfasste Finanzierungsverschiebungen vom Kanton zu den Gemeinden. Die SP stellte einen Antrag auf Nichteintreten, das strukturelle Defizit des Kantons sei eine Folge der Tiefsteuer-Politik. Der Vorschlag hatte jedoch keine Chancen. Max Koch, Präsident der Gemeindepräsidentenkonferenz, setzte sich für die Rückweisung der Vorlage ein. Auch dieser Antrag fand keine Mehrheit. – Die Beiträge des Kantons an die Volksschulen werden ab 2015 gekürzt. Die Reduktionen fallen jedoch moderater aus als vom Regierungsrat gefordert. Auch die Sonderschulen erhalten vom Kanton weniger Geld. Das Parlament beschloss im Weiteren eine Erhöhung der Gewinnsteuer für Unternehmen von 6,0 auf 6,5 Prozent. Die SP und die Parteiunabhängigen forderten eine noch höhere Besteuerung; beide Anträge scheiterten. Der Kantonsrat genehmigte ausserdem die Streichung der kantonalen Defizitgarantie bei ungedeckten Spitexkosten und reduzierte die Prämienverbilligung für Kinder. In der Schlussabstimmung genehmigte das Parlament das Entlastungsprogramm mit 49 zu 11 Stimmen bei einer Enthaltung. – Mit 53 Ja- zu 7 Nein-Stimmen genehmigte der Kantonsrat die Staatsleitungsreform in zweiter Lesung. Damit entschied er sich für eine Reduktion von sieben auf fünf Mitglieder im Regierungsrat. Die Regierungsräte sollten künftig im Vollamt statt im Hauptamt tätig sein. Neu sollte der Landammann alle zwei Jahre durch das Volk gewählt werden. Die SVP-Fraktion sprach sich gegen die Reform aus, weil sie befürchtete, dass sich die Regierung dadurch von der Bevölkerung entferne.

An der Sitzung vom *24. März* befasste sich der Kantonsrat intensiv mit den Akten der im Jahr 1996 an die UBS übergegangenen Appenzell-Ausserrhodischen Kantonalbank (Abb. 1). Auslöser für die Debatte war ein Postulat der sozialdemokratischen Kantonsratsfraktion, in dem gefordert wird, dass die Akten der Kantonalbank ins Staatsarchiv Appenzell Ausserrhoden überführt werden. Im November 2003 hatte die Ausserrhoder Regierung eine Vereinbarung mit der UBS unterzeichnet, worin sie das Eigentum der UBS AG am ARKB-Archiv anerkannte. Damit wurden sämtliche Akten des Archivs der Hoheit des Kantons entzogen. Seit der Veräusserung der Kantonalbank gälten für das Einsichtsrecht die Bestimmungen der UBS, sagte Judith Egger (SP, Speicher), im Namen der SP-Fraktion. Die Akten seien jedoch ein Stück Geschichte des Kantons. Das Archivgut gehöre der Öffentlichkeit. Die Regierung stehe hinter diesen Bemühungen zur Sicherung des Archivguts, sagte Frau Landammann Marianne Koller-Bohl. Mit 50 zu 8 Stimmen bei drei Enthaltungen erklärte der Rat den Vorstoss für erheblich. Wenige Aktenordner, die Hans-Rudolf Merz, alt Bundesrat, seit 1992 im Verwaltungsrat und seit 1993 Verwaltungsratspräsident der Appenzell-Ausserrhodischen Kantonalbank, schon 1997 als Bestandteil seines Privatarchivs dem Staatsarchiv übergeben hatte, sind 2014

in die Abteilung Behörden- und Amtsarchive überführt worden, wie Frau Landammann Marianne Koller bei der Beantwortung der Interpellation von Judith Egger bekanntgab. Dies bedeutet, dass deren Einsichtnahme nun keiner Einwilligung des Aktenbildners mehr bedarf. – Nach eingehender Diskussion hat der Rat das kantonale Strassenbauprogramm 2015–2018 mit Nettoinvestitionen von 79 Mio. Franken für gegen 50 Projekte gutgeheissen. Das Geld soll schwergewichtig für Massnahmen zugunsten des Langsamverkehrs und für die Arealentwicklung beim Bahnhof Herisau eingesetzt werden. Baudirektor Jakob Brunnschweiler erklärte in der Debatte, dass die Regierung immer noch auf einen Autobahnzubringer Appenzellerland hoffe, das man aber Alternativen zur Lösung der Verkehrsprobleme an der Alpsteinstrasse in Herisau bereit habe. – Schliesslich hat der Rat das Gesetz über die Mittel- und Hochschulen in dritter Lesung verabschiedet. Zu reden gab vor allem die damit verbundene Besoldungserhöhung für Lehrpersonen an kantonalen Schulen. Der Rat folgte dem Antrag der Regierung.

Traditionell stand die Kantonsratssitzung vom *12. Mai* im Zeichen der Genehmigung bzw. der Diskussion über den Rechenschaftsbericht des Regierungsrats und der Staatswirtschaftlichen Kommission des Kantonsrats sowie verschiedener weiterer Geschäftsberichte. Die mit einem weit über dem Voranschlag liegenden Defizit von 24 Mio. Franken abschliessende Staatsrechnung 2013 wurde einstimmig genehmigt. In der Diskussion wurde deutlich, dass die Steuerfusserhöhung sowie das Entlastungsprogramm 2015/2016 breite Unterstützung geniessen und der aktuellen finanziellen Situation des Kantons angepasst seien. – Bei der Debatte über den Rechenschaftsbericht 2013 des Regierungsrats war die Rede von einem «Mittel», um die politische Tätigkeit des Kantons zu dokumentieren. Aber auch von einem «Instrument», das die geleistete Arbeit von Regierung, Parlament und Verwaltung reflektieren soll. Verschiedene Fraktionssprecher sprachen von Transparenz. Der Regierungsrat sah sich nach der letztjährigen Intervention der Staatswirtschaftlichen Kommission zur Auflistung sämtlicher Entschädigungen der Exekutivmitglieder aus Verwaltungsräten, Verwaltungskommissionen und Stiftungen in die Pflicht genommen: Finanzdirektor Köbi Frei hat von Amtes wegen sieben Mandate inne. Knapp 50 000 Franken als Sitzungsgeld und Spesen gehen an ihn persönlich. Ähnlich ist die Situation bei Baudirektor Jakob Brunnschweiler: 38 000 Franken als Spesen und Sitzungsgeld werden ihm jährlich ausbezahlt. Für alle anderen Regierungsmitglieder haben die Mandate in Stiftungs- oder Verwaltungsräten keine nennenswerten finanziellen Auswirkungen. Der Rat nahm vom Bericht des Regierungsrats Kenntnis. – Ausgelöst durch eine entsprechende Motion hat der Kantonsrat nach angeregter Diskussion eine von der Regierung unterbreitete Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte in erster Lesung beschlossen. Diese sieht eine gerechtere Verteilung der Kantonsratssitze vor: Herisau gewinnt vier Sitze, Teufen, Heiden, Gais und Speicher je einen und acht kleinere Gemeinden verlieren je einen Sitz (Abb. 2). Neugeregelt werden im Rahmen der Teilrevision auch die Rücktrittsfristen für Behördenmitglieder. – Bei der Beratung des Berichts der Staatswirtschaftlichen Kommission (StwK) stand nochmals die Entschädigungspraxis des Verwaltungsrats des Spitalverbunds im Zentrum. Die Kommission bedauerte, dass die Regierung keine Rückforderung der «vielen markant von der Regelung des Regierungsrats abweichenden Bezüge» verlangt habe. Der StwK-Bericht wurde vom Rat zur Kenntnis genommen. – Im neuen kantonalen Hundegesetz, das der Rat in erster Lesung behandelte, geht es zur Hauptsache um die Pflichten für Hundehalter. Nach eingehender Diskussion wurde eine Leinenpflicht in Waldgebieten mit 35 zu 19 Stimmen gutgeheissen; dies gegen den Willen der Regierung.

Zu Beginn der Sitzung vom *16. Juni* standen verschiedene Wahlgeschäfte sowie die Vereidigung von neugewählten Amtsträgern auf dem Programm. Das Präsidium wurde René Rohner (FDP, Rehetobel) übertragen; Ursula Rütsche

1

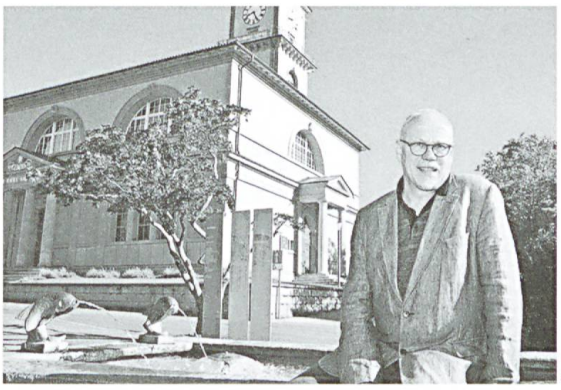
2

(CVP, Herisau) und Peter Gut (pu, Walzenhausen) gehören dem Ratsbüro an. Die Wahlen in die verschiedenen Kommissionen passierten im vorgesehenen Rahmen. – Mit 52 Ja gegen 9 Nein wurde das Entlastungspaket zugunsten der kantonalen Finanzen in zweiter Lesung verabschiedet. Mit Einsparungen von rund 27 Mio. Franken soll der Staatshaushalt wieder ins Lot gebracht werden. Kritik kam von Seiten der SP, welche monierte, dass die regierungsrätliche Steuerstrategie schädlich sei. Das Entlastungspaket umfasst eine bereits Ende 2013 beschlossene Steuerfusserhöhung um 0,2 Einheiten. Das bringt sieben Mio. Franken in die Staatskasse. Weitere sieben Mio. Franken sollen mit einer Aufgabenüberprüfung in der Verwaltung eingespart werden. Mit Finanzierungsverschiebungen vom Kanton zu den Gemeinden sollen ebenfalls mehrere Mio. eingespart werden. – Zur Kenntnis genommen hat der Rat schliesslich die Sach- und Terminplanung 2014–2016 sowie die Finanz- und Investitionsplanung für die kommenden Jahre. Bei der Finanzplanung zeigte sich die Regierung optimistisch, dass dank dem verabschiedeten Entlastungspaket ab 2016 mit einem ausgeglichenen Voranschlag gerechnet werden könne.

Um die Reform der Oberstufe ging es an der Kantonsratssitzung vom *22. September.* Nachdem ein regierungsrätlicher Vorstoss zur Reform der Oberstufe im Jahre 2009 am Widerstand der Gemeinden gescheitert war, kam 2014 wieder Bewegung in die Sache. Der Rat hatte mit breiter Unterstützung ein Postulat von Kantonsrat Ivo Müller (SP, Speicher) für erheblich erklärt, wodurch der Regierungsrat in die Pflicht genommen wurde, über eine Reform der Oberstufe Bericht zu erstatten. Im Vordergrund steht dabei eine Reduktion der Oberstufen-Standorte. Ziel sei eine finanzielle Entlastung, ohne dass die Schulqualität beeinträchtigt werde. Erziehungsdirektor Rolf Degen erklärte, dass die Regierung den Zielen des Postulats grundsätzlich positiv gegenüberstehe. – Auch in zweiter Lesung war die Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte (Neuverteilung der Kantonsratssitze) unbestritten und wurde mit 47 zu 12 Stimmen angenommen. Weil die Vorlage dem obligatorischen Referendum unterstellt war, konnten die Stimmberechtigten am letzten November-Wochenende darüber entscheiden (siehe oben unter «Kantonale Abstimmungen»). – Unbestritten blieben in erster Lesung das Interkantonale Hochschulkonkordat sowie die Interkantonale Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der Höheren Fachschulen.

Anlässlich seiner Sitzung vom *27. Oktober* hat sich der Kantonsrat während mehr als sechs Stunden mit der Teilevision des kantonalen Baugesetzes befasst und in erster Lesung beschlossen, die kommunalen Ortsbildschutzzonen aufzuheben. Mit der Revision reagiert der Kanton auf das neue Raumplanungsgesetz des Bundes; sie soll die Voraussetzungen schaffen, um die planerische Weiterentwicklung des Kantons voranzutreiben. Umstrittenster Punkt war die Aufhebung der kommunalen Ortsbildschutzzonen. Der Präsident der parlamentarischen Kommission, Norbert Näf (CVP, Heiden),

3



4

bezeichnete die Ortsbildschutzzonen als «Hemmschuhe». Appenzell Ausserrhoden verzeichnet einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Altbauten. Deren Bestand könnte ohne Ortsbildschutzzonen endlich deutlich reduziert werden, sagte der Fraktionssprecher der SVP. Die SP bezeichnete dagegen die Entscheidungsgrundlagen als dürftig, blieb aber ohne Erfolg beim Antrag auf Rückweisung der Vorlage. Willi Rohner (pu, Rehetobel) teilte die Meinung der SP. Er wies auf die Stellungnahmen von Fachgremien im Rahmen der Vernehmlassung hin, die sich für die Beibehaltung der Ortsbildschutzzonen aussprachen. Bei der FDP waren die Meinungen geteilt. Um Wesen und Charakter der Dörfer zu erhalten, sollen neu Ortskerne, Quartiere und prägende Orts- und Strassenbilder im Rahmen der Zuordnung zu einer sogenannten Kernzone definiert werden können. Um eine hohe bauliche Qualität der Bauvorhaben zu gewährleisten, würde neu eine Beratungspflicht durch ein Fachgremium zur Anwendung kommen. Die Gemeinden sollen selber entscheiden können, ob sie sich regional organisieren wollen. Schliesslich wurde die Teilrevision in erster Lesung mit 49 zu 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen genehmigt. – Rasch erledigt waren in der Folge die anderen traktandierten Geschäfte, darunter ein Förderungskonzept zur Strukturverbesserung in der Landwirtschaft für die nächsten fünf Jahre, dessen Verabschiedung problemlos erfolgte. Das Konzept dient der Unterstützung von Massnahmen in der Landwirtschaft, die nicht durch den Bund gestützt werden.

Die Zustimmung zu mehr Lohn für die Ausserrhoder Regierungsräte sowie das Ja zum Voranschlag 2015 waren die Hauptthemen der Kantonsratssitzung vom *1. Dezember.* Ab Mitte 2015 werden die Regierungsmitglieder 230 000 Franken pro Jahr verdienen. Bislang erhielten Regierungsmitglieder eine jährliche Entschädigung von 187 584 Franken. Die Lohnerhöhung ist eine Folge der Reform der Staatsleitung, wird die Regierung doch von sieben auf fünf Mitglieder verkleinert, die künftig im Vollamt tätig sein werden und keine Nebentätigkeiten mehr ausüben dürfen. Zudem müssen alle Entschädigungen aus Mandaten der Staatskasse abgeliefert werden. Die Regierung hatte ursprünglich einen Jahreslohn von rund

Abbildungen

Wo nichts vermerkt ist, stammen die Abbildungen aus dem Archiv der Appenzeller Zeitung (APZ).

1 *Geht es nach dem Kantonsrat, werden die Akten der 1996 verkauften Appenzell-Ausserrhodischen Kantonalbank von der UBS dem Staatsarchiv Appenzell Ausserrhoden übergeben. Hier im Bild der ehemalige Hauptsitz der Kantonalbank am Obstmarkt 1 in Herisau.*

2 *Mit der Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte wurden auch die Sitze im Kantonsrat gerechter auf die 20 Gemeinden verteilt.*

3 *Verwaltungsrätin Ruth Metzler übernahm ad interim das Präsidium des Spitalverbunds Appenzell Ausserrhoden. Hier auf dem Bild zusammen mit Frau Landammann Marianne Koller-Bohl.*

4 *Der Heidler Pfarrer Konrad Bruderer übernahm das Präsidium des Kirchenrats der Evangelisch-reformierten Landeskirche beider Appenzell.*

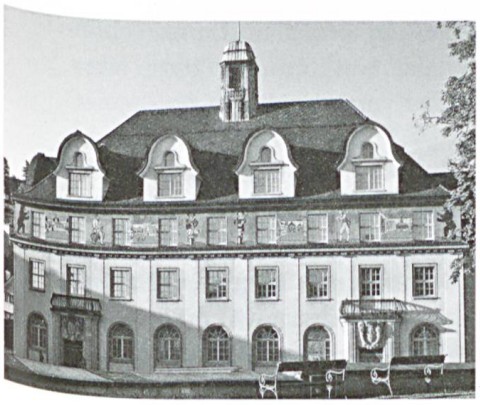
5

6

254 000 Franken gefordert. Dieser sollte an die oberste Lohnklasse der Verwaltung gekoppelt werden. Lediglich die SP-Fraktion unterstützte dieses Anliegen. Keine Einigung wurde in der Frage der Abgangsentschädigung erzielt; die Entscheidung wurde auf die zweite Lesung vertagt. – Der Kantonsrat bestätigte mit grosser Mehrheit den Voranschlag 2015. Dieser sieht bei einem Aufwand von 415 Mio. Franken ein Defizit von 2,2 Mio. Franken vor. Der Steuerfuss bleibt bei 3,2 Einheiten. Für 2016 strebt die Regierung wieder einen ausgeglichenen Haushalt an. Die bürgerlichen Fraktionen mahnten, die Aufgabenüberprüfung müsse konsequent weitergeführt werden.

Staatsrechnung 2014

Die Staatsrechnung 2014 von Appenzell Ausserrhoden schloss um 2,4 Mio. Franken besser ab als budgetiert – dies trotz des Ausfalls von 4,5 Mio. Franken Gewinnausschüttungen der Nationalbank. Der Aufwandüberschuss für das vergangene Jahr betrug 17,9 Mio. Franken. Die Veränderungen bei den Reserven mitgerechnet, ergab sich beim Gesamtergebnis ein Defizit von 10 Mio. Franken. Der Voranschlag rechnete mit einem Defizit von 7,4 Mio. Franken. Mit einem Steuerertrag bei den direkten Steuern von 139 Mio. Franken konnte das Budget um 0,1 Mio. Franken übertroffen werden. Die Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen (11,1 Mio.) übertrafen das Budget um 1,4 Mio. Franken. – Der Personalaufwand fiel um 1,3 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert. Nebst effektiv tieferen Personalkosten in der Höhe von 0,7 Mio. Franken erhielt der Kanton unter anderem 0,4 Mio. Franken mehr an Rückerstattungen seitens der Personalversicherungen zugewiesen. Wesentlich tiefer (- 3,3 Mio. Franken) lagen die Ausgaben beim Sachaufwand. Einerseits wurden weniger Dienstleistungen Dritter sowie Honorare verbucht. Andererseits fielen tiefere Kosten beim baulichen Unterhalt an. Bei diesem handelte es sich aber nicht um Einsparungen, sondern um Verzögerungen, die dafür in den kommenden Jahren anfallen. – Gegenüber dem Voranschlag fielen die Kosten im Bereich der Gesundheitsversorgung höher aus. Dabei waren Mehrkosten bei der Spitalfinanzierung (+ 5,6 Mio. Franken), der Verbilligung an die Krankenversicherungsprämie (+ 2,9 Mio.) und für die Finanzierung von Einrichtungen für erwachsene Menschen mit Behinderung (+ 0,9 Mio.) zu verzeichnen. Ebenfalls höher als budgetiert (+ 1,5 Mio.) fielen die Ergänzungsleistungen zu AHV und IV aus. Positiv auf das Ergebnis wirkten sich dagegen die tieferen Beiträge an die Sonderschulen, an die Hochschulen, an den öffentlichen Verkehr, an die Landwirtschaft und an die neue Regionalpolitik aus. – Die Nettoinvestitionen lagen mit 20,3 Mio. Franken im Vergleich zum Voranschlag um 4,2 Mio. Franken tiefer. Diese Minderausgaben resultierten aus zeitlichen Verschiebungen bei der Ausführung von Projekten und werden die Investitionsrechnungen der kommenden Jahre belasten. Zu den wichtigsten Investitionsprojekten im Kanton gehören der Strassen- und Wasserbau, die Durchmesserlinie der Appenzeller Bahnen, die Um-



7

8

setzung der kantonalen Informatikstrategie sowie die Renovation des Psychiatrischen Zentrums Appenzell Ausserrhoden und des Rathauses Trogen. – Die Nettoverschuldung stieg gegenüber dem Vorjahr um 295 Franken auf 1334 Franken pro Einwohner/-in. Der Nettoverschuldungsquotient (Nettoschulden im Verhältnis zum Steuerertrag) ist mit 43,2 Prozent ebenfalls leicht angestiegen (36,2 Prozent im Jahr 2013). Mit dem Defizit der Rechnung und einem Finanzierungsfehlbetrag von 15 Mio. Franken sank der Selbstfinanzierungsgrad auf ein Rekordtief von minus 17,3 Prozent.

Volkswirtschaft

Im Bereich der Volkswirtschaft war das Jahr 2014 im Unterschied zum oben Genannten von einer «günstigen Konjunkturlage» geprägt. Diese zeigte sich in einer tiefen Arbeitslosenquote und einem Tiefststand bei der Kurzarbeit. Frankenstärke und Masseneinwanderungsinitiative sind allerdings zwei Rahmenbedingungen, welche die Schweiz als Investitionsstandort unter Druck setzen. Damit Appenzell Ausserrhoden für Firmen attraktiv bleibt, sind eine aktive Standortpromotion, aber auch die Bestandespflege und die Standortentwicklung von Bedeutung, ebenso eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur.

Wirtschaftsförderung. Der globale Standortwettbewerb hat sich 2014 weiter intensiviert, und die Rahmenbedingungen der Schweiz als Investitionsstandort wurden ungünstiger. Daraus resultierten – genauso wie bei den nationalen Mitbewerbern – weniger Ansiedlungen von Firmen. Bei rund 20 Firmenbesuchen zeigte sich im direkten Kontakt mit Unternehmerinnen und Unternehmern, dass der Fachkräftemangel nach wie vor ein wichtiges Thema für hiesige Firmen ist. Zusammen mit dem Kanton St. Gallen organisiert die Wirtschaftsförderung deshalb jährlich einen Sprungbrett-Event und gemeinsam mit den Nachbarkantonen die Veranstaltung «ProOst». Diese Veranstaltungen

Abbildungen

5 *Manuel Walser (Gesang), Roman Häne (Architektur), Fabian M. Müller (Piano), Benjamin Berweger (Gesang), Laura Vogt (Literatur), Steven Schoch (Performance-Kunst), Rahel Lämmler (Architektur), Philipp Langenegger (Schauspiel) und Stefan Baumann (Cello) erhielten im Dezember Werkbeiträge der Ausserrhoder Kulturstiftung. Nicht auf dem Bild sind Nina Paim und Fabian Harb (Atelierstipendium).*

6 *Die Kulturlandsgemeinde 2014 unter dem Motto «Mitten am Rand» hatte verschiedene Höhepunkte, darunter das Loch, das die Künstlergruppe FMSW (Faller Mieth Stüssi Weck) von der Wiese bei der Mehrzweckhalle Schönengrund bis zur Mitte der Erdkugel gegraben hat.* (Foto: Hannes Thalmann)

7 *2014 wurde das Regierungsgebäude am Obstmarkt in Herisau 100-jährig.* (Foto: Wikimedia Commons, Wiki Loves Monuments 2011)

8 *Die neu gegründete «IG starkes Ausserrhoden» will sich den Gemeindestrukturen annehmen. V.l.n.r. die Gründungsmitglieder Markus Brönnimann, Herisau, Annette Joos-Baumberger, Herisau, Andreas Zuberbühler, Rehetobel, Roger Sträuli, Rehetobel, Ursula Weibel, Waldstatt, Stephan Wüthrich, Wolfhalden, und Walter Nef, Urnäsch. Nicht auf dem Bild ist Markus Bänziger, Teufen.*

geben Interessierten eine Übersicht über ihre Karrierechancen in der Ostschweiz und sollen gleichzeitig die hohe Lebensqualität der Region aufzeigen. – Das Projekt «Brain Gain», das die Wirtschaftsförderung zusammen mit dem Industrieverein AR lanciert hatte, wurde Ende Jahr wegen mangelnder Nachfrage beendet. Zur Netzwerkpflege organisierte die Wirtschaftsförderung Veranstaltungen wie «Beste Köpfe» oder zusammen mit der Steuerverwaltung verschiedene Mittagsveranstaltungen mit regionalen Mittlern und Treuhändern. Die St.GallenBodenseeArea SGBA konnte die internationale Wahrnehmung steigern. Die verstärkte Zusammenarbeit in der internationalen Standortpromotion scheint sich für Appenzell Ausserrhoden zu lohnen.

Landwirtschaft. Die vom Kantonsrat verabschiedete Verordnung über die Landschaftsqualitätsbeiträge (LQB) bildet die Grundlage für Beiträge an Massnahmen zur Erhaltung der vielfältigen Kulturlandschaft im Kanton. Bereits im ersten Jahr nach deren Verabschiedung beteiligten sich rund 65 Prozent der Betriebe am LQB-Programm, 15 Prozent mehr als erwartet. Die Biodiversitäts- und Vernetzungsflächen legten im Vergleich mit dem Vorjahr stark zu. Insgesamt erhielten die Ausserrhoder Bäuerinnen und Bauern unter dem neuen System 0,4 Prozent mehr Direktzahlungen als im Vorjahr. Wie erwartet, verschoben sich die Zahlungen leicht zugunsten der Alpbetriebe. Die Ganzjahresbetriebe mussten infolge der Umlagerung von Tier- in Flächenbeiträge Einbussen von 1,3 Prozent hinnehmen. – Das Jahr 2014 war wettermässig ein Jahr der Extreme. Der schneearme Winter 2013/2014 war der drittwärmste seit 150 Jahren. Die Vegetation ermöglichte einen frühen Weidegang. Der Frühling war sonnig und warm. Der Mai brachte etwas kühleres Wetter, der Juni war zu trocken und zu warm. Die Heuernte und der erste Emdschnitt waren von guter Qualität. Juli und August waren zu nass und heftige Unwetter verursachten lokal grosse Schäden. Der Graswuchs war über das ganze Jahr sehr gut. In den Monaten Juli bis September gab es nur wenige und kurze Schönwetterphasen. Das war für die Ernten eine grosse Herausforderung.

Sicherheit und Justiz

Die Arbeit am Justizvollzugsgesetz sowie an den dazugehörenden Verordnungen beanspruchte das Departement Sicherheit und Justiz stark. Die Erlasse wurden auf Anfang 2015 in Kraft gesetzt. Damit verfügt Appenzell Ausserrhoden über zeitgemässe gesetzliche Grundlagen für den Strafvollzug. Im Weiteren bilden das Gesetz und die Verordnung die Basis für den Betrieb der Gefängnisse in Gmünden. Die Staatsanwaltschaft erlebte ein intensives Jahr. Die Zahl der Neueingänge und bei den Rechtshilfen stieg um 15 Prozent auf gegen 3800 Verfahren an.

Gerichtswesen. Die Eingänge bei den Zivilabteilungen des Kantonsgerichts sind mit 146 (Vorjahr 148) neuen Fällen praktisch unverändert geblieben. Insgesamt erneut zugenommen hat dagegen die Anzahl Neueingänge bei den Strafprozessen mit 63 (59). Davon entfielen 11 (5) auf die Abteilungen und 52 (54) auf die Einzelrichter. Beim Jugendgericht ging im Berichtsjahr lediglich 1 (3) neues Verfahren ein, womit die Fallzahlen wie gewohnt auf sehr tiefem Niveau blieben. Bei den Einzelrichterfällen verharrte die Geschäftslast im Berichtsjahr mit 1118 (1127) Neueingängen praktisch auf dem gleichen Stand. – Beim Obergericht nahmen die Neueingänge mit 8 (12) Fällen bei den Zivilprozessen und mit 29 (42) Fällen bei den Strafprozessen ab. Im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzrechtes ist im zweiten Berichtsjahr mit 18 Neueingängen ein leichter Anstieg gegenüber dem Vorjahr (14) zu registrieren. Bei den Einzelrichtern des Obergerichts sanken die Neueingänge im Bereich Zivil- und Strafrecht von 84 auf 65 Begehren und im verwaltungsrechtlichen Bereich von 125 auf 72. Dasselbe Bild zeigt sich bei den verwaltungsrechtlichen Abteilungen mit 104 (127) Neueingängen. Damit wird insbesondere in den Bereichen Strafrecht und Verwaltungsrecht wieder

ein während mehreren Jahren «übliches» Niveau erreicht. – Bei der Schlichtungsstelle für Miete und nichtlandwirtschaftliche Pacht gingen im Berichtsjahr 114 (100) neue Fälle ein, was einer Zunahme von 14 Prozent entspricht. Auch 2014 wurden wieder zahlreiche telefonische und schriftliche Auskünfte erteilt sowie Besprechungen bzw. Beratungen durchgeführt. Wie im Vorjahr hatte die Schlichtungsstelle bei Diskriminierung im Erwerbsleben keine Neueingänge zu verzeichnen, sie erteilte jedoch in 7 (6) Fällen telefonisch Auskunft. Bei den Vermittlerämtern gingen im Berichtsjahr 303 (Vorjahr 278) neue Begehren ein, was einer Zunahme von 9 Prozent entspricht. Die Erfolgsquote blieb mit 65 Prozent (63) weiterhin auf hohem Niveau. – Bei der Aufsichtsbehörde für Schuldbetreibung und Konkurs nahm die Geschäftslast mit 6 (18) neuen Verfahren erheblich ab. Bei den Betreibungsämtern gingen rund 3 Prozent mehr Zahlungsbefehle ein, und bei den Konkursamtszweigstellen sanken die neu eingegangenen Konkurse von 105 auf 83.

Strafanstalt Gmünden. Die Auslastung der Strafanstalt Gmünden war im Berichtsjahr mit 100,5 Prozent auf einem Höchststand, ebenso die Verpflegungstage (21 271). Im kantonalen Gefängnis musste neben Untersuchungshaft und Ausschaffungshaft vereinzelt geschlossener Vollzug durchgeführt werden, da die geschlossenen Justizvollzugsanstalten Wartelisten bis zu einem Jahr aufweisen. Zusätzlich wurden kurze Ersatzfreiheitsstrafen von bis zu zehn Tagen vollzogen. Die Kapazität der geschlossenen Spezialvollzugsabteilung, die als Übergangsstation mit erhöhtem Sicherheitsstandard für Gefangene bestimmt ist, reichte bei weitem nicht aus. Die Belegung in der Ausschaffungshaft war längere Zeit tief. Deshalb war es möglich, Gefangene mit Bedarf von zusätzlicher spezifischer Betreuung zeitweise im kantonalen Gefängnis einzuquartieren. Eine Besonderheit im Berichtsjahr war die überdurchschnittliche Anzahl von Übernahmen aus anderen offenen Anstalten, die dort nicht mehr tragbar waren. Die medizinische Versorgung nimmt im Alltag des Strafvollzugs eine zentrale Position ein. Deshalb ist es nötig, einen professionellen Gesundheitsdienst einzurichten. – Nach dreissigjähriger Tätigkeit als Anstaltsarzt ist Christoph Rohrer auf Ende Jahr zurückgetreten. Neu übernimmt diese Aufgabe Hans-Anton Vogel. Die Auftragslage in den Werkstätten lag bis zum 3. Quartal auf hohem Niveau. Ab Dezember musste indes Kurzarbeit eingeführt werden. Es wird eine besondere Herausforderung sein, neue geeignete Aufträge zu akquirieren.

Kriminalstatistik. Die Gesamtkriminalität lag im Jahr 2014 mit 2868 erfassten Straftaten 10,6 Prozent über jener vom Vorjahr (2594). Die Anzahl von Straftaten verteilt sich auf 1819 Straffälle. Die Anzahl Delikte nach dem Schweizerischen Strafgesetzbuch (StGB) mit 2076 Straftaten (- 1 Prozent) blieb konstant. Sowohl bei den Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz (+ 65 Prozent bzw. 323 Tatbestände) als auch bei den Widerhandlungen gegen das Ausländergesetz (+ 9 Prozent bzw. 50 Tatbestände) und den übrigen Bundesgesetzen (+ 59 Prozent bzw. 419 Tatbestände) ist eine Zunahme zu verzeichnen. Die Aufklärungsquote der Delikte nach dem Schweizerischen Strafgesetzbuch lag bei hohen 60,5 Prozent. Die Kriminalitätsbelastung in Appenzell Ausserrhoden bewegt sich weiterhin tiefer als der schweizerische Durchschnitt. Dieser beträgt 64,6 Delikte pro 1000 Einwohner. In Ausserrhoden sind es 38,7 Delikte. Die Jugendkriminalität hat im Bereich der Verstösse gegen das Strafgesetzbuch abgenommen. Bei den Betäubungsmitteldelikten hingegen ist eine Zunahme zu verzeichnen. Die prozentuale Zunahme lässt sich mit dem eingeführten Ordnungsbussenverfahren für Erwachsene bei Konsum und Besitz von Cannabisprodukten erklären. Die Straftaten gegen das Vermögen nahmen um 12 Prozent, die Einbruchdiebstähle von 101 Tatbeständen im Vorjahr um 26 Prozent auf 127 Tatbestände zu. 37,8 Prozent der Einbruchdiebstähle konnten aufgeklärt werden.

Unfallstatistik. Die Zahl der Verkehrsunfälle ist 2014 auf 385 Unfälle zurückgegangen, im Vorjahr waren es noch 402. Drei Personen kamen bei Verkehrsunfällen ums Leben. 14 (Vorjahr 18) Personen mussten mit schweren Verletzungen ins Spital eingeliefert werden. Wie bereits in den Vorjahren liegt die Hauptursache der Verkehrsunfälle bei nichtangepasster oder überhöhter Geschwindigkeit. Im Jahr 2014 registrierte die Kantonspolizei 53 (75) Unfälle, welche darauf zurückzuführen waren. Bei 52 (45) Unfällen war das Missachten des Vortrittsrechts die Ursache. Entsprechend den Verkehrsfrequenzen haben sich im Hinterland 205 (179), davon in Herisau 116 (94), die meisten Verkehrsunfälle ereignet.

Asylwesen. Im Berichtsjahr wies der Bund dem Kanton Appenzell Ausserrhoden 177 Asylsuchende zur Unterbringung und Betreuung zu; zahlreiche Personen, die in der Schweiz ein Asylgesuch stellen, kommen aus Eritrea und Syrien. Im Vergleich zu den Vorjahreszahlen ist die Quote der Flüchtlings-Anerkennungen auf 105 Personen gestiegen (Vorjahr 32); schweizweit ist die Zahl so hoch wie seit den frühen 1990er Jahren nicht mehr. Ende 2014 lebten 197 Asylsuchende und 98 vorläufig Aufgenommene aus 22 Herkunftsländern in Appenzell Ausserrhoden. 29 abgewiesene Asylsuchende bezogen im Berichtsjahr Nothilfe. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer im Asylzentrum Landegg musste wegen steigender Zuweisungen deutlich reduziert werden. Dies führte dazu, dass die Personen rascher in die Gemeinden verteilt werden mussten. Die Gemeinden stiessen an Grenzen, weil nicht immer innert nützlicher Frist Wohnraum zur Verfügung gestellt werden konnte. Im Berichtsjahr hat der Kanton Rahmenbedingungen für Bildungs- und Beschäftigungsprogramme für Asylsuchende festgelegt. Gestützt darauf bestehen in bereits neun Gemeinden regelmässige Angebote (vgl. z.B. Gemeindechroniken Vorderland, Gemeinde Walzenhausen); weitere Gemeinden haben Interesse für eine Einführung solcher Programme angemeldet.

Bauen und Umwelt

Zu Irritationen hat der seit 2004 geltende Artikel 56 des kantonalen Gesetzes über die Raumplanung und das Baurecht (Baugesetz) geführt. Damit eingezontes Bauland nicht unnötig lange gehortet werden kann, fordert der Artikel, dass nicht überbaute Bauzonen nach zehn Jahren entschädigungslos als ausgezont gelten. Beim Departement Bau und Umwelt sind gegen den Vollzug dieser Regelung 59 Rekurse eingegangen. Der Regierungsrat hat daraufhin mit Beschluss vom 24. Juni festgestellt, dass der Artikel nicht mit dem Bundesrecht vereinbar sei. In der Folge wurde der Vollzug des Artikels per sofort ausgesetzt. Sämtliche Rekurse konnten bis Ende des Jahres abgeschlossen werden; in einem Fall ist gegen einen Rekursentscheid eine Beschwerde eingereicht worden. – Überraschend deutlich hat der Nationalrat gegen Ende Jahr beschlossen, dass der Bund landesweit 380 Kilometer Kantonsstrassen ins Nationalstrassennetz übernehmen soll, so auch die neue Nationalstrasse A25 Winkeln-Herisau-Hundwil-Appenzell. Was die Finanzierung des Netzbeschlusses betrifft, sind im National- und im Ständerat Vorstösse hängig. – Am 1. Mai trat das revidierte eidgenössische Raumplanungsgesetz in Kraft; mit dem Auftrag an die Kantone, die Zersiedelung zu bremsen und die Richtpläne zu überarbeiten. Kurzfristig kann Land nur noch dann eingezont werden, wenn die gleiche Fläche andernorts aus der Bauzone entlassen wird. Planungen über die Gemeindegrenzen hinweg werden immer wichtiger. Die Vernehmlassung zum Richtplan wird zeigen, wie der Spagat zwischen den neuen gesetzlichen Anforderungen und den Vorstellungen der Gemeinden gelingen kann.

Hochbau. In verschiedenen Gemeinden ist eine rege Bautätigkeit im Gang. Gebaut werden vor allem Mehrfamilienhäuser mit Miet- bzw. Eigentumswohnungen mit recht hohem Ausbaustandard und entsprechenden Mietzinsen und Kaufpreisen. Während Eigentumswohnungen noch relativ rasch Käufer finden, zeichnet sich bei den Mietwohnungen, insbeson-

dere in Herisau, ein Überangebot ab. Sorgen bereitet der hohe Bestand an Leerwohnungen, dies vor allem in Altbauten mit einem nicht mehr zeitgemässen Ausbaustandard. – Der Kanton hat derzeit keine grösseren Hochbauprojekte am Laufen. In verschiedenen Objekten wurden Unterhaltsarbeiten vorgenommen mit den Schwerpunkten Gebäudeisolation und Modernisierung der Haustechnik. Im Psychiatrischen Zentrum Appenzell Ausserrhoden in Herisau kommen die laufenden Sanierungsarbeiten und die Planung der nächsten Sanierungsetappen gut voran. – Die Denkmalpflege hatte mit 78 eingereichten Beitragsgesuchen (Vorjahr 59) im Bereich der Unterstützungsgesuche einen Rekord zu verzeichnen. Darüber hinaus hat sie 203 (188) Stellungnahmen zu Baugesuchen, Gestaltungsplänen und Zonenplanrevisionen abgegeben.

Tiefbau. Die geplanten Objekte im Strassenbau und im Wasserbau konnten grösstenteils realisiert werden. Beim Landsgemeindeplatz in Trogen ging aber auch gegen die Neuauflage der Sanierungsvorlage eine Einsprache ein. Diese verhinderte die Weiterarbeit im Berichtsjahr. Das Berichtsjahr bildete den Abschluss des Kantonalen Strassenbau- und Investitionsprogramms 2011–2014. Von den aufgeführten 29 Vorhaben wurden 24 realisiert. Die anderen fünf Vorhaben wurden wegen Petitionen (Hundwil und Teufen), Einsprachen oder fehlendem Konsens zurückgestellt. – Zur Verbesserung des Langsamverkehrs wurden verschiedene Massnahmen definiert und entsprechende Projekte gestartet. Im Vordergrund steht die Verbesserung der Fussgängerstreifen, wobei der Dialog mit den Gemeinden und der Bevölkerung sehr anspruchsvoll ist. – Viel Zeit forderten die Vorarbeiten zur Abstimmung in Teufen zur Führung der Bahn durch das Dorf. Die Stimmberechtigten entschieden sich Anfang 2015 gegen eine Tunnellösung. Die Appenzeller Bahnen und der Kanton verfolgen die Variante «Doppelspur» weiter.

Energie. Die Schadstoffbelastung der Luft war durch den milden Winter und den verregneten Sommer geprägt. Die gemessenen Werte zählten in der Ostschweiz zu den tiefsten seit Beginn der Messungen. Trotz der Verbesserung der Luftqualität ist jedoch die Bevölkerung entlang der Hauptverkehrsachsen in Herisau weiterhin übermässigen Stickstoffdioxid-Belastungen ausgesetzt. In allen Siedlungsgebieten in Appenzell Ausserrhoden werden zu hohe Feinstaub- und Russwerte gemessen, für die Feuerungen, Motoren, Industrieanlagen, Gewerbebetriebe und die Landwirtschaft verantwortlich sind. – Die Windmessungen auf der Hochalp sind abgeschlossen. Die gemessenen durchschnittlichen Windgeschwindigkeiten liegen über der vom Bund empfohlenen mittleren Windgeschwindigkeit. Damit wäre die wirtschaftliche Nutzung von Windenergie sichergestellt. Das Windgutachten unterstützt dies ebenfalls. Dieselbe Prognose gilt auch für das Gebiet Hochhamm. – Trogen konnte als sechste Ausserrhoder Gemeinde das Label «Energiestadt» entgegennehmen (siehe Gemeindechroniken Mittelland, Gemeinde Trogen). Das Amt für Umwelt begleitet die Erarbeitung kommunaler Energiekonzepte jeweils fachlich und unterstützt die Gemeinden mit einem Beitrag. – Die Kürzung des kantonalen Förderprogramms «Energie» beginnt sich auszuwirken: Im Berichtsjahr gingen die ausbezahlten Förderbeiträge gegenüber dem Vorjahr um 44 Prozent auf 1,2 Mio. Franken zurück.

Gesundheit und Soziales

Geschehnisse im und um den Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden haben im Berichtsjahr zu reden geben. So haben der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden und die Standeskommission von Appenzell Innerrhoden nach vertiefter Analyse und Neubeurteilung den Verzicht auf die Schaffung eines gemeinsamen Spitalverbundes Appenzellerland beschlossen. Vor Jahresfrist hatten noch alle Zeichen auf einen gemeinsamen Spitalverbund hingedeutet. Zur Begründung des Rückzugs wird erklärt, dass der Spitalverbund Appenzell

Ausserrhoden (SVAR) und das Spital Appenzell derzeit die Risiken für einen gemeinsamen Spitalverbund höher einschätzen als die Chancen. Weiterverfolgt werden Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf betrieblicher Ebene. – Zu Diskussionen im Parlament und zur Verärgerung in der Bevölkerung führte der Umstand, dass die Entschädigungsbezüge des gesamten SVAR-Verwaltungsrats mit 660 000 Franken dreimal höher waren als budgetiert. In der Folge gab VR-Präsident Thomas Kehl seinen Rücktritt auf Ende Jahr bekannt, ein weiteres VR-Mitglied trat per sofort zurück. Interimistisch übernahm Vizepräsidentin Ruth Metzler, die zusammen mit Thomas Kehl und Regierungsrat Köbi Frei öffentlich am stärksten in die Kritik geraten war, das Präsidium (Abb. 3). – Der Zwischenbericht zum Gesundheitsbericht aus dem Jahr 2012 gibt einen umfassenden Überblick über die geleisteten Aufgaben, die laufenden Projekte und die anstehenden Herausforderungen. Festgehalten werden kann, dass erstens die Dienstleistungen im Gesundheitswesen quantitativ stetig wachsen, dass zweitens in zentralen Berufsfeldern des Gesundheitswesens ein Mangel an gut qualifizierten Gesundheitsfachpersonen bereits besteht oder sich abzeichnet und dass drittens die Kosten für das Gesundheitswesen überproportional ansteigen und sowohl die öffentliche Hand (Kanton, Gemeinden) als auch die privaten Haushalte belasten. Qualitative Verbesserungen bei der medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Versorgung und der Qualitätskontrolle sind deutlich erkennbar, wenn auch selten mit Kosteneinsparungen verbunden.

Spitalwesen. Der Spitalverbund Appenzell Ausserrhoden hat 2014 seine Strategie 2018 verabschiedet und bereits viel in deren Umsetzung investiert. Dies zeigt sich im Wachstum und in den Patientenzahlen: Sowohl in den beiden Spitälern Heiden und Herisau als auch im Psychiatrischen Zentrum Appenzell Ausserrhoden (PZA) wurden mehr Patientinnen und Patienten stationär und ambulant behandelt, insbesondere nahm auch die Zahl der ausserkantonalen Patienten zu. Der Gesamtertrag des SVAR stieg auf rund 131,2 Mio. Franken, der Ertragsüberschuss beträgt 398 000 Franken. Die Zahl der stationär betreuten Patienten stieg um 5,6 Prozent auf 9354. Die ambulanten Behandlungen nahmen im Vergleich zum Vorjahr sogar um 11,6 Prozent auf rund 39 000 zu. In den beiden Spitälern Heiden und Herisau erhöhte sich die Zahl der Pflegetage um mehr als 2000 auf total 51 031; im Psychiatrischen Zentrum Appenzell Ausserrhoden wurden mit 58 521 rund 1200 Pflegetage weniger registriert als im Vorjahr. Die durchschnittliche Bettenbelegung an den drei Standorten erhöhte sich auf 89,8 Prozent. Erfreulich entwickelt hat sich die Angebotserweiterung im ambulanten Bereich der Akutpsychiatrie. Die Tagesklinik mit ihrem niederschwelligen Angebot verfügt damit über ein breites Spektrum an Therapien, welche die Fortführung des Alltags im gewohnten sozialen Umfeld ermöglichen. Die Jahresrechnung 2014 schloss bei einem um 4,7 Mio. Franken höheren Gesamtertrag von 131,2 Mio. Franken mit einem Überschuss von 398 000 Franken ab. Dieser Ertragsüberschuss wird vollumfänglich den Reserven zugewiesen, um den notwendigen Spielraum für Investitionen zu schaffen. Mit dem Ausbau des Rettungsstützpunkts in Teufen vom 12- auf einen 24-Stunden-Betrieb, den zusätzlichen gynäkologischen Sprechstunden im Medizinischen Zentrum Appenzell sowie dem Ausbau der Kooperation zwischen dem Spital Heiden mit der Klinik Hirslanden ist das Angebot ausgeweitet worden. Ebenfalls ausgebaut worden sind die medizinischen Dienstleistungen für Dritte.

Soziales. Während die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) landesweit politisch und medial im Fokus standen, blieb es in Appenzell Ausserrhoden vergleichsweise ruhig. Die Fall- und damit die Arbeitsbelastung der KESB ist aber auch im Kanton sehr hoch. Mit einer moderaten personellen Aufstockung konnte die notwendige Entlastung in die Wege geleitet werden. Das Organisationsmodell mit

einer einzigen kantonalen KESB mit ihren Fachdiensten und den für den Vollzug zuständigen drei kommunalen Berufsbeistandschaften scheint sich auch im zweiten Betriebsjahr zu bewähren, auch wenn die Aufbauphase noch nicht abgeschlossen ist. – Ähnlich im Mittelpunkt stand die Sozialhilfe, für deren Finanzierung die Gemeinden zuständig sind. Die Ausgaben pro Einwohner/-in sowie die Sozialhilfequote liegen in Appenzell Ausserrhoden zwar noch weit unter dem schweizerischen Durchschnitt; dennoch wachsen auch in diesem Bereich die Kosten stetig und beachtlich. Die Unterstützung durch die kantonale Fachstelle Sozialhilfe und Sozialarbeit leistet einen wichtigen Beitrag, damit die wirtschaftliche Sozialhilfe im Sinne der gesetzlichen Vorgaben und kostensparend ausgerichtet wird.

Bildung

Gesetzgebungsarbeiten in Sachen Mittel- und Hochschulen und damit zusammenhängende Anpassungen von entsprechenden Erlassen auf tieferer Ebene beschäftigten das Departement Bildung. Der Regierungsrat genehmigte die Verordnung über die Mittel- und Hochschulen und das Departement das Schulreglement der Kantonsschule Trogen. Im Schulreglement wurden diverse altrechtliche Weisungen, Beschlüsse und Erlasse zusammengeführt und den aktuellen Gegebenheiten angepasst. Im September genehmigte der Kantonsrat die Interkantonale Vereinbarung über Beiträge an Bildungsgänge der höheren Fachschulen und das Hochschulkonkordat in erster Lesung. – Der Projektbericht «Schulinformatik AR» empfiehlt, ein umfassendes Schuladministrationssystem für alle Volksschulen, die kantonalen Schulen und das Departement Bildung zu beschaffen. In der Vernehmlassung stiessen die mutmasslichen Kosten und die Komplexität des Systems auf Kritik. Jetzt wird zusammen mit der AR Informatik AG ein weniger komplexer und finanziell günstigerer Lösungsvorschlag mit einem geringeren Leistungsumfang erarbeitet. – Die Vorbereitungs- und Planungsarbeiten zum Lehrplan 21 waren ein Schwerpunkt der Arbeit der pädagogischen Fachstellen. Mitarbeitende wirkten in interkantonalen Gremien mit, waren – teilweise in Zusammenarbeit mit den zuständigen Mitarbeitenden des Kantons St. Gallen – mit Planungs- und Vorbereitungsarbeiten befasst. – Ein Statusbericht gibt Auskunft über den Stand der Entwicklungen auf der Sekundarstufe I. Mehrere Sekundarschulen passen ihre Schulmodelle an und arbeiteten an Lösungen für die damit zusammenhängenden organisatorischen Herausforderungen. Die Sekundarstufe I ist auch Gegenstand eines Postulats, das die Prüfung einer Reduktion der Anzahl Sekundarschulen unter Einbezug der Option einer Kantonalisierung verlangt. – Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an der Ausserrhoder Volksschule ging auf 5594 zurück (Vorjahr 5689). Der Rückgang ist mit – 1,7 Prozent weniger stark ausgefallen als im Vorjahr (– 3,3 Prozent). Die Schülerzahlen werden bald den Tiefststand erreichen. Im Kindergarten nahm die Zahl der Lernenden mit 990 gegenüber 983 im Vorjahr leicht zu (+ 0,7 Prozent), auf der Primarstufe nahm sie um 39 Lernende (– 1,3 Prozent) auf 2960 ab. Der stärkste Rückgang war mit 63 Lernenden (– 3,7 Prozent) auf der Sekundarstufe I zu verzeichnen.

Kantonsschule. Am Ende des Schuljahres 2013/2014 haben alle 90 Maturandinnen und Maturanden den gymnasialen Maturitätsausweis erhalten. Aus der Berufsfachschule Wirtschaft waren sechs Lernende zur Prüfung angetreten; alle durften das Handelsdiplom entgegennehmen. Das Berufsmaturitätszeugnis, welches nach einem erfolgreich abgeschlossenen Praxisjahr erworben werden kann, konnte an vier Kandidatinnen und Kandidaten ausgehändigt werden. 19 Kandidatinnen und Kandidaten legten die Abschlussprüfung zur Erlangung des Fachmittelschulausweises erfolgreich ab. Die Schule händigte zudem fünf Fachmaturitätsausweise «Gesundheit», drei Fachmaturitätsausweise «Soziale Arbeit» und elf Fachmaturitätsausweise «Pädagogik» aus. – Beim Start zum Schuljahr 2014/2015 verzeichnete die

Kantonsschule insgesamt 659 Lernende (Gymnasium 370; Berufsfachschule Wirtschaft und Berufsmaturität 40; Fachmittelschule und Fachmaturität 106; Sekundarschule 143). Im Vergleich zum Vorjahr wurden 21 Lernende (- 3,1 Prozent) weniger unterrichtet. Davon entfielen zwölf auf das rein schulische Brückenangebot (10. Schuljahr), welches seit Sommer 2014 nicht mehr geführt wird. Während die Schülerzahlen in der Sekundarstufe I (- 7,7 Prozent) und dem Gymnasium (- 4,9 Prozent) rückläufig waren, nahmen sie in der Berufsfachschule Wirtschaft (+ 8,1 Prozent) und der Fachmittelschule (+ 21,8 Prozent) zu. Das Gymnasium stand im Zeichen von Veränderungen. Einerseits wurden Schulentwicklungsprozesse im Rahmen des Projekts «Strategische Optionen» konkretisiert und andererseits verschiedene Unterrichtsentwicklungsprozesse angegangen.

Berufsbildungszentrum. Die Zahl der Lernenden am Berufsbildungszentrum Herisau verharrte im Berichtsjahr mit 1051 weiter auf einem hohen Stand (Schuljahr 2013/2014: 1046). Am meisten Lernende verzeichneten die holzverarbeitenden Berufe mit 251, gefolgt von der kaufmännischen Berufsausbildung mit 232 Schülerinnen und Schülern. Mit 118 Lernenden folgten die Fachfrau/-mann Gesundheit auf dem dritten Platz. Diese drei Berufsgruppen stellten bereits im Vorjahr die meisten Lernenden. – Das optimierte Qualitätsmanagementsystem ISO9001:2008 erwies sich erneut als wirksames Führungssystem. Die strategischen Ziele des Berufsbildungszentrums konnten weitgehend erreicht werden. Einen wichtigen Beitrag zu dieser Entwicklung lieferte eine Qualitätsgruppe, welche zentrale Prozesse hinterfragt und laufend verbessert. – Die ersten Lernenden der erst seit kurzem geführten Attestausbildung «Holzpraktiker/-in EBA» schlossen erfolgreich ab. Die Unterstützung der Lernenden konnte dank einem neu konzipierten Lernatelier, zielgerichteten Stützkursen und Coachings weiter verbesset werden. In der «Brücke AR» konnten mehr als 80 Prozent der Jugendlichen bis zum Ende des Schuljahres eine Anschlusslösung finden.

Kirchen

Bei der Evangelisch-reformierten Landeskirche beider Appenzell ist anlässlich der Sommersynode mit Konrad Bruderer, Heiden, ein neuer Präsident gewählt worden (Abb. 4). Er folgte auf Kurt Kägi, Herisau, der den Kirchenrat während sieben Jahren präsidiert hatte. Die Präsidialzeit von Kurt Kägi war besonders am Schluss von Querelen geprägt. Es ging dabei um Kompetenzrangeleien zwischen dem Büro der Synode und dem Kirchenrat, aber auch um die Zukunft der Kirche. Noch immer verfügt die Reformierte Kirchgemeinde Appenzell, als letzte der 20 Appenzeller Kirchgemeinden, über kein Kirchenreglement. Grund für diese Pendenz ist der Umstand, dass sich die Innerrhoder Kantonsverfassung und die Verfassung der Landeskirche beider Appenzell in mehreren Punkten widersprechen, so etwa im Stimmrechtsalter und im Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer. Sorgen macht der Evangelisch-reformierten Landeskirche beider Appenzell auch der zwar langsame, aber doch stetige Rückgang der Mitglieder. 1990 gehörten noch 31 400 Personen der Landeskirche an, 2010 waren es noch 25 700. Trotz verschiedener Anstrengungen sind die Verantwortlichen ratlos, wie diese Entwicklung gestoppt werden könnte. An der Herbstsynode wurde eine Aufstockung der Stellenprozente des Kirchenrats von 70 auf 130 bewilligt. 34 Synodale stimmten zu, 8 sagten Nein und 6 enthielten sich der Stimme. – Gedanken über die Zukunft machten sich an ihrer Sommerkonferenz die Präsidien der Evangelischen Kirchgemeinden beider Appenzell. Dabei ging es um die Frage, ob die Struktur mit heute 20 Kirchgemeinden noch aktuell sei. Die vorgetragene Idee – drei Kirchgemeinden Hinterland, Mittelland und Vorderland mit den kleineren Gemeinden, dazu vier Kirchgemeinden Herisau, Teufen, Heiden und Appenzell – wurde als interessante Diskussionsgrundlage aufgenommen.

Tourismus und Bahnen

Tourismus. Bei der Appenzellerland Tourismus AG gab es Veränderungen in der strategischen und operativen Führung: Monika Bodenmann-Odermatt, Waldstatt, hat das Präsidium von Regine Dörig, Urnäsch, übernommen. Dem einige Monate als interimistischer Geschäftsführer tätigen Urs Berger wurde die Geschäftsführung definitiv übertragen. Gleichzeitig mit den personellen Veränderungen wurde auch die Marketing-Strategie überarbeitet: Wandern, Lebensart, Business & Events sowie Gesundheit heissen die vier Geschäftsfelder, auf die der Fokus gerichtet wird. Zwar verfügt Appenzellerland Tourismus AG über zeitgemässe Strukturen und ein engagiertes Verkaufsteam, das allein genügt aber nicht. Entscheidend sind die Angebote der Leistungsträgerinnen und -träger. Nur wenn sich diese entwickeln und investieren, kann die Region im Markt den gewünschten Erfolg haben. – 2014 wurden in Appenzell Ausserrhoden 180 428 Logiernächte registriert, das sind 0,2 Prozent weniger als im Vorjahr. Mit rund 53 000 Logiernächten ist das Reka Feriendorf Urnäsch der grösste Beherbergungsbetrieb im Kanton.

Appenzeller Bahnen. Bei den Appenzeller Bahnen standen zum einen das Tagesgeschäft und zum andern das Grossprojekt Durchmesserlinie (DML) im Vordergrund. Obwohl mit rund 1,875 Mio. Fahrgästen das Ergebnis aus dem Vorjahr übertroffen wurde, ist der Ertrag aus dem Reiseverkehr um rund 400 000 Franken auf 11,9 Mio. Franken gesunken. Diese überraschende Entwicklung ist eine Folge des veränderten Verteilschlüssels von General- und Halbtaxabonnementen und des Tarifverbunds. Dank Kostenreduktionen sowie geringeren Abschreibungen konnte noch ein kleiner Gewinn verbucht werden. – Entgegen den Erwartungen ist das Plangenehmigungsverfahren im Zusammenhang mit der DML im Berichtsjahr nicht in gewünschtem Mass vorangekommen. Die Komplexität des Vorhabens, aber auch Abstimmungen zwischen der Infrastruktur und den Fahrzeugen oder mit dem Umbau am Bahnhofplatz St. Gallen machten intensive Zusatzabklärungen notwendig. Bei den AB ist man zuversichtlich, dass die Durchmesserlinie Ende 2018 in Betrieb genommen werden kann. – Noch immer nicht abgeschlossen ist die Sanierung der Bahnübergänge auf dem Netz der AB. Zwar konnten 59 Übergänge gesichert werden, aber es sind noch grosse Anstrengungen nötig, um auch die verbleibenden Übergänge zu sichern. – Am letzten September-Wochenende wurde mit einem Grossanlass das 125-Jahr-Jubiläum der Bahnstrecke von St. Gallen nach Gais gefeiert.

Säntis-Schwebebahn. Die nassen Sommermonate Juli und August verhinderten bei der Säntis-Schwebebahn im Geschäftsjahr 2014 ein Spitzenergebnis. Dennoch kann die Unternehmung mit dem Ergebnis zufrieden sein. Die ersten sechs Monate brachten das beste Halbjahresergebnis in der 79-jährigen Geschichte der Säntis-Schwebebahn ein. Die verregneten Ferienmonate Juli und August brachten die Euphorie dann aber auf den Boden der Realität zurück. Die goldenen Herbstmonate September, Oktober und November liessen das Jahresergebnis schlussendlich wieder auf einen erfreulichen Durchschnittswert anwachsen. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 367 595 Gäste transportiert. Das Tourismusunternehmen erzielte einen Gesamtumsatz von 13,5 Mio. Franken, rund 300 000 Franken besser als im Vorjahr. Davon erwirtschafteten die Schwebebahn gut 5,1 Mio. und die Gastronomiebetriebe 7,5 Mio. Franken. Unter dem Strich konnte ein Betriebsergebnis von 2,1 Mio. Franken erzielt werden. Für das Hotel-Neubauprojekt auf der Schwägalp wurden 11,25 Mio. Franken aufgewendet, und für die betriebliche Erneuerung insgesamt 1,75 Mio. Franken. Der Baufortschritt beim Neubauprojekt verläuft plangemäss.

Kultur

Kulturstiftung. Die Kulturstiftung des Kantons Appenzell Ausserrhoden hat zum 25. Mal Werkbeiträge in verschiedenen Kunstsparten verlie-

hen. Zum dritten Mal richtete sie zudem einen Beitrag an ein Atelierstipendium aus. Dieses wurde den beiden Grafikdesignern Nina Paim und Fabian Harb zugesprochen, die in der portugiesischen Stadt Porto eine interaktive Tauschbörse mit Rahmenprogramm lancieren möchten. In der Sparte «Bildende Kunst und Architektur» konnte erstmals in der 25-jährigen Geschichte der Kulturstiftung ein Werkbeitrag für ein Architekturprojekt vergeben werden: Rahel Lämmler, Architektin in Zürich, und Roman Häne, Landschaftsarchitekt in Waldstatt, wollen die Kreuzgiebel der Appenzeller Häuser erforschen. Der zweite Preisträger der Sparte, Steven Schoch, Bürger von Schwellbrunn, bewegt sich an den Grenzen von Sozio- und Popkultur, inszeniert sich und wie er in der Welt steht. Der Schauspieler Philipp Langenegger von Urnäsch erhielt einen Werkbeitrag für seine publikumswirksame Wiederbelebung alter (Mundart-)Texte aus dem Appenzellerland, in dem er sie zu Kabaretttheater umbaut oder auf Tonträger spricht. Die in Speicher aufgewachsene Schriftstellerin Laura Vogt erhält mit dem Preisgeld einen Beitrag an die Arbeit an ihrem ersten Roman. Vier Kunstschaffende erhielten einen Werkbeitrag in der Sparte «Musik»: Cellist Stefan Baumann, der den Bogen von Klassik und Volksmusik bis zu elektronischer Musik spannt, der experimentierfreudige Jazz-Pianist Fabian M. Müller, der lyrische Tenor Benjamin Berweger und der stimmgewaltige Bariton Manuel Walser (Abb. 5).

Diverses. Das Amt für Kultur hat wiederum drei Ausgaben von «Obacht Kultur» herausgegeben und darin die geförderten Projekte aufgeführt. Der Bläss, der Tanz und die Denkmalpflege waren die Hauptthemen. Eine Auszeichnung «Das schönste Kulturmagazin der Welt» erhielt «Obacht Kultur» von art-tv, dem Kulturfernsehen im Netz; es hat Margrit Bürer, seit 2006 Leiterin des Amtes für Kultur, dafür die Schweizer Ehrenperle Kultur 2014 verliehen. – Die Kulturlandsgemeinde fand am 3./4. Mai in Schönengrund statt. Unter dem Titel «Mitten am Rand» lotete sie zwei Tage Aspekte von Zentrum und Peripherie aus (Abb. 6). Das kulturelle Minifestival ging erstmals über den Kanton hinaus und wurde via Live-Schaltung direkt ins Haus Appenzell in Zürich übertragen. – Das Zentrum für appenzellische Volksmusik Gonten wurde in «Roothuus Gonten – Zentrum für Appenzeller und Toggenburger Volksmusik» umbenannt; neu ist auch der Kanton St. Gallen Mitträger der Stiftung (neben AI, AR, Bezirk Gonten und AGG). – Der Urnäscher Ueli Alder hat im Bereich Fotografie einen der acht Förderpreise der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) erhalten. – In der Kantonsbibliothek war das Jahr von der Eröffnung der multimedialen Ausstellung «Jahrhundert der Zellweger» geprägt. Die Ausstellung baut auf dem Familienarchiv Zellweger auf und ist in Kooperation mit der Gemeinde Trogen entstanden. Im Mai wurden zwei Ausstellungsräume, eine Website, drei Hörspuren und 17 Häusertafeln der Öffentlichkeit präsentiert. Für die Zellweger-Wohnung im Fünfeckpalast wurde ein Nutzungskonzept erarbeitet.

Verschiedenes

Personelles. In verschiedenen kantonalen Organisationen kam es im Jahr 2014 zu personellen Veränderungen. Bei der Ausserrhoder Frauenzentrale übernahmen Ariane Brunner und Barbara Zeller, beide Herisau, die Leitung im Co-Präsidium. Sie ersetzten die zurückgetretene Marie-Theres Biasotto, Urnäsch. – Die Schwyzerin Barbara Betschart übernahm im Roothuus Gonten die Geschäftsführung von Florian Walser. – Bei Gastro Appenzellerland demissionierte der Urnäscher Walter Höhener. Zu seinem Nachfolger wählten die Ausserrhoder Wirtinnen und Wirte Markus Strässle, der seit neun Jahren Vorstandsmitglied ist und die Gastronomie auf dem Säntisgipfel leitet. – Zu einem Wechsel kam es an der Spitze des Appenzellischen Turnverbandes: Peter Abegglen, Speicher, trat an der Delegiertenversammlung zurück, zu seinem Nachfolger wurde Bruno Eisenhut, Schwellbrunn, gewählt. – Im Vorstand der Appenzellischen Gemeinnützigen Gesellschaft ersetzte Katrin Alder, Herisau, das zu-

rücktretende Mitglied Dölf Biasotto, Urnäsch. – Bei der Gemeindepräsidentenkonferenz übernahm Inge Schmid, Bühler, das Präsidium von Max Koch, Wolfhalden.

Dies und Das. Das Ausserrhoder Regierungsgebäude am Obstmarkt in Herisau war im Berichtsjahr 100 Jahre alt geworden (Abb. 7). Von 1912–1914 wurde es als «Appenzell Ausserrhodisches Staats- und Kantonalbankgebäude» erbaut. Im Jahre 1984 hatte der Kanton das Gebäude übernommen. Darin ist heute neben dem Kantonsratssaal und dem Sitzungszimmer des Regierungsrats ein grosser Teil der kantonalen Verwaltung untergebracht. Die Bevölkerung hatte im Jubiläumsjahr Gelegenheit, an Führungen und einem Tag der offenen Tür das Gebäude zu erkunden. – Der Urnäscher Hobby-Paläontologe Dölf Biasotto machte auf einer Baustelle zwischen Bühler und Trogen einen aussergewöhnlichen Fund. Beim 25 Mio. Jahre alten Fossil handelt es sich um den Schädel und die Zähne eines Nashorns (siehe Gemeindechroniken Mittelland, Gemeinde Bühler). – Grösstes sportliches Ereignis im Berichtsjahr war das Appenzellische Kantonalturnfest im Innerrhoder Hauptort Appenzell. An zwei Wochenenden massen sich Tausende von Turnerinnen und Turnern im friedlichen Wettstreit. – Die neugegründete «Interessengemeinschaft starkes Ausserrhoden» will das Thema Gemeindestrukturen verstärkt ins Gespräch bringen (Abb. 8). Als erstes wurden ein Podium und eine Umfrage durchgeführt. Präsidiert wird die IG vom Initianten Roger Sträuli, Rehetobel. – Der Kanton Appenzell Ausserrhoden hat sich aus der Trägerschaft der von kirchlicher Seite geführten Beratungsstelle für Ehe-, Familien- und Lebensfragen zurückgezogen. Der Kanton erfüllt die ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben in Zukunft in Kooperation mit der Beratungsstelle für Familien in St. Gallen. – Die Parteiunabhängigen von Appenzell Ausserrhoden haben sich zu einem Verein zusammengeschlossen. Sie erhoffen sich dadurch bessere Strukturen und eine stärkere Stellung im politischen Leben im Kanton. Das Präsidium übernahm Kantonsrat Andreas Zuberbühler, Rehetobel.